

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 59. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung) (UK/FB/SE/059/2019)

am Montag, 25. März 2019,

16:30 Uhr

**im Neuen Rathaus, Beratungsraum 200, 1. Etage,
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden**

Beginn der Sitzung: 16:30 Uhr
Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Anwesend:

Stellvertretende/-r Vorsitzende/-r

Eva Jähnigen

CDU-Fraktion

Veit Böhm

Dr. Georg Böhme-Korn

Peter Krüger

Angelika Malberg

Dr. Helfried Reuther

Fraktion DIE LINKE.

Dr. Margot Gaitzsch

Andreas Naumann

Manuela Sägner

Dr. Martin Schulte-Wissermann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Wolfgang Deppe

Johannes Lichdi

FDP/FB-Fraktion

Holger Zastrow

beratende Mitglieder

Robert Arnrich

Stellvertretende Mitglieder

Harald Gilke

Kristin Sturm

Vertretung für Herrn Jörg Urban

Vertretung für Herrn Hendrik Stalman-Fischer

Abwesend:

SPD-Fraktion

Hendrik Stalman-Fischer

Fraktion Alternative für Deutschland

Jörg Urban

Bürgerfraktion

Peter Bartels

beratende Mitglieder

Ralf Strohtheicher

Verwaltung:

Herr Kügler	GB 7 / Amt 67.2
Frau Schulze	GB 7 / Amt 67.21
Frau Fiedler	GB 7 / 67.24
Frau Porrmann	GB 7 / Amt 67
Herr Socher	GB 7
Frau Weber	GB 7 / Amt 86.2
Herr Rothe	GB 7 / Amt 86.22
Herr Killian	GB 7 / Büroleiter
Herr Lange	GB 7 / Amt 67.4
Frau Gerschner	GB 3 / Amt 32.2
Herr Dr. Schulz	GB 3 / Referent KPR
Frau Hentschel	GB 7
Herr Kolitsch	GB 7 / Amt 27.4
Herr Viertel	GB 7 / Amt 67.14
Herr Thiel	GB 7 / Amt 67
Herr Seifert	GB 7 / Amt 86.3

Gäste:

Herr Rahrish	Sächsische Zeitung
Heinze	DAV GmbH
Siebert	Stadtreinigung Dresden / DAV GmbH
Frau Schreiber	Stadtbezirksbeirat Dresden Cotta
Herr Bärsch	VKT GmbH
Frau Manzke	Städtisches Friedhofs- und Bestattungswesen Dresden
Frau Schellhorn	Heyder + Partner / Gesellschaft für Kommunalberatung

Schriftführer/-in:

Frau Hentschel	SG Stadtratsangelegenheiten
----------------	-----------------------------

T A G E S O R D N U N G

öffentlich

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 1 | Teilgebiets-Lärmaktionsplan Innere Neustadt (Entwurf für Offenlage) | V2664/18
beschließend |
|----------|---|----------------------------------|

nicht öffentlich

- | | | |
|------------|---|--|
| 1.1 | Teilgebiets-Lärmaktionsplan Innere Neustadt (Entwurf für Offenlage) | |
|------------|---|--|

öffentlich

- | | | |
|----------|---|----------------------------------|
| 2 | Entscheidung über die Widmung und Veränderung gewidmeter Grünanlagen gemäß § 2 der Satzung der LH Dresden (LHD) über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen und zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen (Grünanlagensatzung) | V2843/18
beschließend |
| 3 | Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für Abfälle aus der öffentlichen Entsorgung ab dem 1. Juli 2020 | V2872/19
beschließend |

nicht öffentlich

- | | | |
|----------|--|--|
| 4 | Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für Maßnahmen auf nichtgemeindlichen Friedhöfen (Fachförderrichtlinie Friedhöfe) | V2824/18
beratend
(federführend) |
| 5 | Budgetanpassungen | A0538/19
beratend
(federführend) |
| 6 | Entgeltordnung der Landeshauptstadt Dresden für die Benutzung des Krematoriums Dresden-Tolkewitz | V2880/19
1. Lesung
(federführend) |
| 7 | Gebietshochwasserschutz Leipziger Vorstadt | V2829/18
1. Lesung
(federführend) |
| 8 | Erweiterung der "Betriebsvereinbarung zur Regelung von Betrieb, Unterhaltung und Lagerung des mobilen Anteils im Zuge der Hochwasserschutzmaßnahmen zum Schutz vor Hochwasser der Elbe" mit der Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen | V2883/19
1. Lesung
(federführend) |

- 9** Wachstumsregion Dresden: Verkehrliche Rolle der Stadt Dresden untersuchen - Mobilitätsanforderungen von Berufspendlern und deren Auswirkungen auf die Verkehrsbelegungszahlen ermitteln **A0502/18
beratend**
- 10** Informationen/Sonstiges
- 10.1** Auswertung Nutzung Tausalz

öffentlich

Einleitung:

Frau Bürgermeisterin Jähnigen eröffnet die 59. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung). Sie stellt die Beschlussfähigkeit sowie die form- und fristgerechte Ladung fest. Sie informiert, dass unter dem Tagesordnungspunkt (TOP) Information und Sonstiges zur Thematik Baumschutz berichtet werden sollte. Die Vorstellung könnte erfolgen, jedoch ohne Vertreter des Straßen- und Tiefbauamtes.

Zum TOP 3 solle der Geschäftsführer der Stadtreinigung Herr Siebert sowie der Geschäftsführer der Dresdner Abfall- und Verwertungsgesellschaft hinzugezogen werden. Dem wird nicht widersprochen.

Auch sonst gibt es zur Tagesordnung keine Änderungsanträge oder Einwendungen und ist somit bestätigt.

1	Teilgebiets-Lärmaktionsplan Innere Neustadt (Entwurf für Offenlage)	V2664/18 beschließend
----------	--	----------------------------------

Herr Stadtrat Lichdi verweist auf den Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften (SB). Dort seien von der CDU Streichungen vorgeschlagen worden. Er habe um Auskunft gebeten, welchen Erfolg die Streichungen hätten und wie sich diese auswirken würden.

Herr Socher, Umweltamt, konstatiert, dass die mehrheitlich beschlossenen Streichungen tatsächlich gravierende Auswirkungen auf die Wirksamkeit des Planes hätten. Für Detailfragen stehe ebenfalls Herr Bärsch, Verkehrsplaner vom Büro VKT, zur Verfügung, welcher diesen Plan mit erarbeitet habe. Als erstes bittet er jedoch Herrn Rothe, Umweltamt, auf die Fragen von Herrn Stadtrat Lichdi einzugehen.

Herr Rothe erläutert detailliert und anhand grafischer Darstellungen. Er weist darauf hin, dass die Änderungen der CDU in die Beschlussempfehlung SB eingearbeitet wurden.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen fügt hinzu, dass eine Beantwortung in schriftlicher Form erfolgt sei.

Herr Stadtrat Lichdi stellt fest, dass die Auswirkungen recht erheblich seien. Er merkt an, dass in Wohngebieten 45 Dezibel für die Nacht vorgegeben seien. Nunmehr ermittelte 60 Dezibel seien einfach zu viel. Er möchte wissen, wie es wäre, wenn eine gesundheitsverträgliche Dezibel-Grenze gezogen würde.

Herr Rothe antwortet, dass mit dem Plan das Ziel verfolgt werde, gesundheitsrelevante Lärmbelastungen zu bekämpfen. Die gestrichenen Maßnahmen beziehen sich auf Straßenabschnitte, die von außerordentlich hohen Belastungen betroffen seien. Sich damit auseinanderzusetzen habe man für notwendig erachtet. Im östlichen Teil des Plangebietes gebe es natürlich auch Maßnahmen die in der Fläche wirken, aber nicht in Frage gestellt werden, da die Belastungen geringer ausfallen. An der Stelle wolle man im Plan bleiben und die Maßnahmen durchführen.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann möchte wissen, warum die Maßnahme 8 komplett gestrichen werden solle. Auf Grund der gerade vorherrschenden Konstellation fände er eine Abstimmung zum jetzigen Zeitpunkt nicht fair. Er fragt die Vertreter der CDU, ob man das wirklich so vollziehen wolle, obwohl neben Herrn Stadtrat Thiele auch kein Vertreter der FDP anwesend sei.

Herr Stadtrat Dr. Reuther konstatiert, dass man die Diskussion gern mit Herrn Stadtrat Thiele oder mit der CDU-Fraktion als solche führen könne.

Das Abstimmungsergebnis des federführenden SB Ausschusses, mit den eingearbeiteten Änderungen, ergab ein Ergebnis von 8 Ja / 1 Nein/ 6 Enthaltungen. Dem stehe die CDU-Fraktion positiv gegenüber.

Von Seiten der Verwaltung sei signalisiert worden, dass man sich auch andere Formulierungen vorstellen könnte, insbesondere was die Maßnahmen 12, 13 und 14 betreffen. Er fragt nach, ob die Verwaltung die Vorschläge heute vorbringen könne oder bekomme man diese vorgelegt, wenn über eine Vertagung abgestimmt würde?

Im Lärminderungsplan Äußere Neustadt sei das Tempolimit 30 auf der Bautzener Straße bereits beschlossen worden. Demzufolge bräuchte das heute nicht mit abgestimmt werden.

Zur Thematik „Radwege auf der Albertstraße“ gebe es einen Stadtratsbeschluss und der gelte, unabhängig davon, was heute beschlossen werden würde. Aus dem Grund sei keine neue Formulierung notwendig.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann konstatiert, dass die wenigen Gegenstimmen daraus resultierten, weil schlicht und ergreifend ein Plan gebraucht werde. Auch heute werde man nichts Gutes erreichen, wenn man sich nicht auf etwas Sinnvolles einige.

Herr Stadtrat Lichdi merkt an, dass Herr Stadtrat Thiele im SB-Ausschuss verstanden habe, dass im Beschluss vom November 2018 mitnichten die Abbiegebeziehung nach rechts zum Palaisplatz überhaupt weggenommen werden solle, sondern nur die Extra Abbiegespur. Demzufolge bestehe die Abbiegebeziehung zum Palaisplatz weiter.

Im Lärmaktionsplan werde im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner zu Recht vorgeschlagen, auch an der Ecke Palaisplatz/Große Meißner Straße Tempo 30 anzuordnen. Ebenso werde der Schleichverkehr unterbunden. Dem sollte man sich anschließen. Des Weiteren sei herausgearbeitet worden, dass es einen ganz erheblichen Schleichverkehr über die Theresienstraße geben würde. Auch werde darauf hingewiesen, dass die Abbiegebeziehung nach Links in die Theresienstraße sehr gefährlich sei, da es über zwei Spuren gehe und viele Fußgänger diese queren. Er schlägt vor, dass die CDU-Fraktion diese beiden Themen noch einmal diskutieren möge.

An die Verwaltung gerichtet fragt er nach, wann mit der Offenlage zu rechnen sei.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen antwortet, wenn es heute zu einem Beschluss käme, dann werde die Frist der Offenlage im nächsterreichbaren Amtsblatt bekanntgegeben.

In Bezug auf die Maßnahme M 8 „Radstreifen auf der Albertstraße“ sei man bereit, dass an die Beschlusslage aktuell anzupassen. Dazu bedürfe es jedoch einem Signal aus diesem Ausschuss, da im Ausschuss SB kommuniziert worden sei, die Maßnahme 8 sei zu streichen.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann beantragt vor der Abstimmung eine zwei-minütige Auszeit.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen sagt dies zu, jedoch solle erst die Rednerliste abgearbeitet werden.

Herr Stadtrat Zastrow merkt an, dass über den Lärmaktionsplan bereits gesprochen worden sei. An der Theresienstraße könne man nicht vom Schleichverkehr reden, da nur dort abgelenkt werden könne, um bestimmte Ziele zu erreichen. Ganz allgemein müsse über die gesamte Verkehrsleitung bzw. Wegeführung in der Inneren Neustadt (Beispiel Glacisstraße) nachgedacht werden. Für Ortsfremde sei das derzeit eine Katastrophe. Im Abstimmungsverhalten werde er bei seiner Haltung bleiben und der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Dr. Reuther äußert die Bitte, konkret zu benennen, wie was eingearbeitet werde. Er halte es für sinnvoll, vor der Beschlussfassung die Formulierung zur Kenntnis zu erhalten. Aus dem Grund müsste heute vertagt werden.

Herr Stadtrat Lichdi hält fest, dass in einem Gutachten festgestellt worden sei, dass über die Theresienstraße ca. 3000 Autos pro Tag fahren würden. Davon seien 1600 als Schleichverkehr eingeschätzt worden. Des Weiteren sei ausgewiesen worden, dass am Albertplatz, auf Grund nicht vorhandener Parkplätze, erheblicher Suchverkehr festgestellt wurde. Dieser könnte unterbunden werden, wenn an der Stelle Parkmöglichkeiten geschaffen würden. Er fragt, ob er das so richtig verstanden habe.

Herr Bärsch, VKT GmbH, merkt an, dass mehr als die Hälfte des Gesamtverkehrsaufkommen als Schleichverkehr bzw. gebietsfremder Durchgangsverkehr auf der Theresienstraße ermittelt wurde. Das habe die Analyse ergeben. Andere Möglichkeiten seien für die Autofahrer eher zeitaufwendiger und unbequem. Außerdem würde man mit dem Navigationssystem auf den zeitlich kürzesten Weg durch die Gebiete geführt.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann beantragt, den Bericht des Stadtbezirksbeirates Neustadt zu übernehmen, welcher identisch zur Ursprungsvariante sei, und darüber abzustimmen.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen fasst zusammen und kündigt an, nunmehr in die beantragte Auszeit von ca. 5 Minuten zu gehen.

Nach Beendigung der Auszeit konstatiert **Herr Stadtrat Lichdi**, falls sich keine Einigung abzeichne, dann werde beantragt, die Vorlage in den Stadtrat zu heben. An die CDU-Fraktion gerichtet fragt er, ob die Möglichkeit bestehe, eine gemeinsame Offenlage zu erreichen.

Herr Stadtrat Dr. Reuther antwortet, dass die Auffassungen nicht auf einen Nenner zu bringen seien und eine Klärung in diesem Ausschuss offenbar nicht zustande komme. Von Seiten seiner Fraktion wolle man den Ausschussbericht des Ausschusses SB zur Abstimmung stellen, dem man auch zustimmen würde.

Daraufhin beantragt **Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch**, die Vorlage in den Stadtrat zu heben.

Eine weitere Wortmeldung wird nicht angezeigt.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen informiert, wenn das Quorum erreicht werden würde, dann müsste zur Abstimmung die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden. Der Ausschussbericht werde dann zur Entscheidung an den Stadtrat weitergeleitet.

Weitere Anträge werden nicht gestellt.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen stellt den Antrag „Hebung in den Stadtrat“ zur Abstimmung.

Dem Antrag wird mit dem notwendigen Quorum von 6 Stimmen zugestimmt.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen stellt nunmehr die Nichtöffentlichkeit her und bittet die Gäste bzw. Gastredner darum, den Sitzungsraum zu verlassen.

- | | | |
|----------|--|----------------------------------|
| 2 | Entscheidung über die Widmung und Veränderung gewidmeter Grünanlagen gemäß § 2 der Satzung der LH Dresden (LHD) über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen und zum Schutz der öffentlichen Grün- und Erholungsanlagen (Grünanlagensatzung) | V2843/18
beschließend |
|----------|--|----------------------------------|

Frau Bürgermeisterin Jähnigen stellt die Öffentlichkeit her.

Frau Schreiber vom Stadtbezirksbeirat Cotta werde ihr Rederecht wahrnehmen, informiert **Frau Bürgermeisterin Jähnigen**.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch fasst folgende Fragen noch einmal zusammen:

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation seien bisher erfolgt?

Seien Gespräche mit der Schule, Sozialarbeit und Polizei durchgeführt worden bzw. seien welche geplant?

Welcher Personenkreis fühle sich vor Ort besonders gestört?

An wen seien die vorliegenden Beschwerden gerichtet und von wem?

Frau Gerschner führt aus, dass die Polizei diesen Bereich als gefährlichen Ort eingestuft habe. Seit ca. 1,5 Jahren seien das Ordnungsamt, das Polizeirevier West und der gemeindliche Vollzugsdienst nahezu täglich vor Ort. Bei den Einsätzen handle es sich u. a. um Ordnungs- und Lärmstörungen. Die gemeinsamen Kontrollen und Maßnahmen hätten sich bewährt. Die Situation hätte sich allerdings dadurch nicht verbessert. Es hätten gemeinsame Gesprächsrunden (z. B. Schule, Streetworker, Anwohner, Verkehrsbetriebe) mit den Betroffenen stattgefunden. Die Gespräche (Arbeitsrunde) sollen auch fortlaufend weitergeführt werden. Die Anwohner (Leutewitzer Ring 5 und 7) Erzieher und Lehrer sowie Club Passage seien u. a. von den Störungen extrem betroffen.

Besonders störend sei die Tatsache, dass schon am frühen Nachmittag betrunkene Passanten andere Passanten anpöbeln und auch ihre Bedürfnisse hemmungslos befriedigen. Die Schüler der 135. Grundschule müssten täglich mit ansehen, wie relativ junge Menschen sich täglich betrinken. Die Eltern hätten natürlich Angst um ihre Kinder. Das Ordnungsamt befürworte die Umwidmung der Fläche.

Der Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit nehme derzeit eine Systematisierung der Akteure vor Ort vor, um präventive Maßnahmen vornehmen zu können, ergänzt **Herr Dr. Schulz**. Dresden sei Bestandteil eines bundesweiten Forschungsprojektes. Dazu gehören die Forschungsschwerpunkte Äußere Neustadt und Gorbitz. Es gehe darum, wie man in wandelnden Stadtteilen kriminalpräventiv tätig werden könnte. Ende Mai 2019 soll in ganz Dresden (Schwerpunkt Gorbitz) eine Sicherheitsumfrage durchgeführt werden.

Frau Schreiber berichtet von der unschönen Lage am Amalie-Dietrich-Platz. Der Stadtbezirksbeirat hätte sich einstimmig für die Umwidmung ausgesprochen.

Herr Stadtrat Lichdi möchte wissen, welche Art und Menge von Drogen vor Ort festgestellt werden konnte.

Die Daten könnten zur Verfügung gestellt werden, antwortet **Frau Gerschner**.

Herr Stadtrat Lichdi hätte sich gewünscht, dass die Zahlen heute vorgelegt worden wären.

Frau Gerschner erläutert die Statistik zu den Straftaten, die Herr Dr. Schulz zusammengestellt habe.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch interessiert, welche Maßnahmen sich in der Vergangenheit bewährt hätten.

Durch die Präsenz von uniformierten Personen hätten Ordnungsstörungen abgenommen, so **Frau Gerschner**. Das subjektive Sicherheitsgefühl konnte wieder hergestellt werden. Das Grundübel Alkoholkonsum konnte jedoch nicht zurückgedrängt werden. Um die Kinder zu schützen, müssten alkoholfreie Räume geschaffen werden. In der Grünanlagen- und Spielplatzsatzung seien Hinweisschilder angebracht worden, auf denen das Mitbringen und Trinken von Alkohol untersagt sei sowie das Rauchen und mitführen von Glasflaschen auf Spielplätzen. In den Arbeitsrunden werde versucht, die Wurzeln des Übels zu packen. Der Club Passage hätte sich auch dafür ausgesprochen, die Fläche in einen Spielplatz umzuwidmen.

Herr Stadtrat Naumann möchte wissen, welche Personengruppen sich derzeit auf der Fläche aufhalten. Er denkt, allein mit einer Umwidmung sei das Problem nicht gelöst. Vielleicht sollte auch eine öffentliche Toilette von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden.

Frau Gerschner erklärt, dass es sich um Dresdner Bürger verschiedener Altersgruppen handele, welche sich auch schon früher dort aufgehalten hätten. Jedoch seien zugezogene Personengruppen dazu gekommen, die von Haus aus und auch aus kulturellen Gründen ein anderes Temperament hätten.

Frau Schreiber konstatiert, Gorbitz sei ein schwieriges Randgebiet von Dresden. Der Stadtbezirksbeirat arbeite daran, dass sich die Lage verbessere. Der Schutz der Kinder sei jetzt wichtig, die angestauten sozialen Probleme würden nicht von heute auf morgen gelöst.

Um eine Bewertung der Lage vornehmen zu können, seien Informationen notwendig, hebt **Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann** hervor. Er denke darüber nach, einen Vertagungsantrag zu stellen, damit die offenen Fragen von der Verwaltung beantwortet werden können. Das Votum des Stadtbezirksbeirat Cotta sei seines Wissens sehr knapp ausgefallen.

Es hätte bei der Abstimmung 15 Ja-Stimmen, einer Nein-Stimme und 4 Enthaltungen gegeben, antwortet **Frau Schreiber**.

Herr Stadtrat Lichdi stellt fest, auch von Trinkern könne erwartet werden, dass sie eine Toilette nutzen. Er verweist auf die Neustadt, wo eine stabile Pissrinne zur Verbesserung der Situation beigetragen hätte. Er denke, dass auch solche Maßnahmen geprüft werden müssen. Einer Vertagung könne er nicht zustimmen, aber es sei schon sehr deutlich geworden, dass noch nicht alle Maßnahmen zur Behebung des Problems ausgeschöpft worden seien. Er stelle folgenden Ergänzungsantrag:

Es soll von der Verwaltung aufgearbeitet werden, welche Probleme vorliegen, welche Maßnahmen bisher ergriffen worden seien und welche Maßnahmen noch in Betracht kämen. Ziel sei, dass ein Maßnahmenkonzept aus den gewünschten Informationen abgeleitet werden könnte.

Es sei allerdings fraglich, ob für diesen Ergänzungsantrag nicht der Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit zuständig sei.

Frau Gerschner weist darauf hin, dass die Vorlage nicht durch den Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit erstellt wurde. In der Vorlage gehe es darum, die öffentliche Fläche als Spielplatz umzuwidmen. Damit wolle man verhindern, dass auf der Fläche weiterhin getrunken und gepöbelt werde. In der morgigen Dienstberatung des Oberbürgermeisters werde eine Vorlage eingebracht, die die begleitenden Maßnahmen und Statistiken beinhalte.

Die Vorlage sei durch das Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft erarbeitet und mit dem Geschäftsbereich 7 abgestimmt worden, so **Frau Bürgermeisterin Jähnigen**. Weitere Maßnahmen seien erforderlich und könnten durch den Stadtrat beauftragt werden.

Diesen Vorschlag begrüßt **Frau Gerschner**.

Herr Dr. Schulz fügt ergänzend hinzu, bei der Umwidmung handele es sich um eine repressive notwendige Maßnahme. Derzeit beschäftige man sich sehr intensiv mit dem Stadtteil Gorbitz. Das vorliegende Problem könne jedoch nicht mit Verboten gelöst werden. Eine Maßnahme sei eben auch, dass das subjektive Sicherheitsgefühl verbessert werde. Die Grundlage des präventiven Handelns sei die Verbesserung eben dieses subjektiven Sicherheitsgefühls und die Umwidmung sei eine Maßnahme, die dazu beitrage. Die Hauptstelle für Suchtfragen hätte sich mit ähnlichen Dingen auseinandergesetzt und festgestellt, dass das Eintrittsalter für Alkoholkonsum bei 13,8 Jahren liege. Er wolle persönlich auch nicht, dass seine Kinder mit einer solchen Situation konfrontiert werden.

Frau Stadträtin Dr. Gaitzsch findet es schwierig, wenn Prohlis oder Gorbitz als Randgebiet bzw. als sozialer Brennpunkt bezeichnet werde. Kinder müssten natürlich geschützt werden, aber eine Umwidmung könne keine abschließende Maßnahme sein. Sie beantragt eine Auszeit vor der Abstimmung.

Frau Stadträtin Malberg empfiehlt, dass sich die Mitglieder die Situation vor Ort anschauen sollen. Die Situation am Amalie-Dietrich-Platz sei unerträglich.

Herr Stadtrat Dr. Reuther möchte wissen, was noch erfolgen müsse, dass auf der Fläche ein Spielplatz entstehen könne.

Dafür benötige die Verwaltung einen Beschluss, so **Herr Dr. Schulz**. Ein Spielplatzschild werde aufgestellt und eine Murbahn gebe es bereits. Es könnte natürlich noch geprüft werden, ob noch weitere Spielgeräte aufgestellt werden können.

Der Sommer stehe vor der Tür, daher sollte heute eine Entscheidung getroffen werden, gibt **Herr Stadtrat Gilke** zu bedenken.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann stellt fest, dass hier die Fakten fehlen, um eine Entscheidung zu fällen. Daher stellt er einen Antrag auf Vertagung.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen konstatiert, dass nunmehr ein Antrag auf Vertagung vorliege sowie ein Ergänzungsantrag, den Herr Stadtrat Lichdi noch konkretisieren müsse.

Frau Stadträtin Malberg spricht sich gegen eine Vertagung aus.

- Auszeit

Herr Stadtrat Lichdi bringt folgenden Ergänzungsantrag ein:

- 3. Für den Bereich Amalie-Dietrich-Platz wird der Oberbürgermeister gebeten, dem Stadtrat ein Gesamtkonzept zur Information vorzulegen, das sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen vorsieht.**

Weitere Fragen liegen nicht vor. **Frau Bürgermeisterin Jähnigen** bittet um Abstimmung über den Vertagungsantrag von Herrn Stadtrat Schulte-Wissermann. Wenn dieser keine Mehrheit erhalte, werde sie den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Lichdi zur Abstimmung stellen.

Abstimmung des Vertagungsantrages: 1 Ja 13 Nein 0 **Ablehnung**

Abstimmung des Ergänzungsantrages 11 Ja 0 Nein 3 **Zustimmung**

Frau Bürgermeisterin Jähnigen beendet den Tagesordnungspunkt.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung) beschließt die Widmung der im Jahr 2016 eingezogenen Teile der öffentlichen Grünanlage „Schweriner Straße/Hertha-Lindner-Straße/Theaterstraße“ (Teile der Flurstücke 3318 und 3321, Altstadt I) als Grünanlage durch Aufnahme in das Verzeichnis „Kommunale öffentliche Grün- und Erholungsanlagen der Landeshauptstadt Dresden“.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofs- und Bestattungswesen sowie Eigenbetrieb Stadtentwässerung) beschließt die Änderung der gewidmeten Park- und Grünanlage „Amalie-Dietrich-Platz - Vorfläche Schule“ in die Objektart „Spielplatz“ Grünanlage durch Veränderung im Verzeichnis „Kommunale öffentliche Grün- und Erholungsanlagen der Landeshauptstadt Dresden“.
4. **Für den Bereich Amalie-Dietrich-Platz wird der Oberbürgermeister gebeten, dem Stadtrat ein Gesamtkonzept zur Information vorzulegen, das sowohl repressive als auch präventive Maßnahmen vorsieht.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung

Ja 13 Nein 1 Enthaltung 0

3 Gewährleistung der Entsorgungssicherheit für Abfälle aus der öffentlichen Entsorgung ab dem 1. Juli 2020

**V2872/19
beschließend**

Frau Bürgermeisterin Jähnigen stellt für diesen TOP die Öffentlichkeit wieder her.

Herr Kügler, Amt für Stadtgrün und Abfallwirtschaft, bring die Vorlage ein und erläutert anhand einer Präsentation, die den Unterlagen beigelegt werde.

Herr Stadtrat Dr. Böhme-Korn merkt an, dass seitens der Verwaltung bei der Ausschreibung keine ökologischen Kriterien vorgegeben seien. Jedoch werde die Entwicklung dahin gehen, dass die Restabfallbehandlung bzw. die gesamte Abfallbehandlung einer Kreislaufwirtschaft unterliegen werde. Mit der jetzigen Anlage seien bereits vor 20 Jahren gute Ansätze geschaffen worden. Er fragt, wie das an einer ganz normalen Müllverbrennungsanlage gehandhabt werde und ob die gesamte Schlacke dann in die Verhüttung gehe bzw. auf der Deponie lande.

Herr Kügler antwortet, dass es hinsichtlich der Energienutzung Müllverbrennungsanlagen verschiedener Ausrichtungen gebe. So verfüge z. B. das Müllheizkraftwerk Magdeburg-Rothensee noch zusätzlich über einen Wärmespeicher. Auf Grund des Standortes habe dagegen die Anlage in Lauta keine Wärmeabnehmer oder eben nur zum geringen Teil. Jedoch handele es sich hier um eine Anlage, welche wegen der Rauchgasreinigung derzeit die besten Emissionswerte bundesweit vorweisen könne. Wie letztendlich die Schlacke behandelt werde, hänge von der jeweiligen Anlage ab sowie von den unterschiedlichen Konzepten.

Herr Stadtrat Böhm finde die Offenheit bei der Ausschreibung gut. In Magdeburg gehe es nur über Kontingente der Anbieter und wer nicht über genügend Kontingente verfüge, bekomme dort auch nichts abgenommen. So ähnlich laufe es in den meisten Müllverbrennungsanlagen. Was die BMA angehe, so sei diese als Umlade Station noch nicht genehmigt worden. Gebe es weitere Überlegungen, wenn diese Genehmigung nicht erteilt werde?

Herr Siebert von der Stadtreinigung bestätigt, dass es einen Plan B gebe. Eigentlich habe man mit den beiden Hauptabnehmern Verhandlungen geführt, die bis ins Jahr 2030 reichen, auch um investieren zu können. Dabei sei ein recht gutes Ergebnis erzielt worden, was dann aber nur bis zum Herbst 2018 relevant war, da das Thema Braunkohleausstieg stark um sich gegriffen habe. Nunmehr habe die LEAG mitgeteilt, welche mit 80 % Hauptabnehmer war, dass man die zukünftigen Verträge nach 06/2020 nur noch mit einer Klausel abschließen werde. Diese besage, dass die Lausitzer Energie AG (LEAG) zu jeder Zeit schadfrei aus diesem Vertrag herausgehen könne, wenn sich eine Mitverbrennung wirtschaftlich nicht mehr darstellen lasse. Dieser Nachweis könne beim Thema „Umsetzung des Braunkohleausstieges“ herangezogen werden. Somit sei für die Stadt Dresden keine Entsorgungssicherheit mehr gegeben.

Zur Genehmigung für die Umschlagsanlage führt er aus, dass man sich mit der Genehmigungsbehörde zusammengesetzt und über einen Plan B gesprochen habe, als sich die Situation verschärft hatte. Hierbei habe man sich ausschließlich für eine Umschlagsanlage ausgesprochen, welche technologisch anders konzipiert sei, als eine BMA in der Gesamtheit. Derzeitig sei man dabei, dafür eine Genehmigung zu erhalten. Man gehe davon aus, dass Ende April 2019 das Genehmigungsverfahren abgeschlossen sein werde. Die Genehmigung zeichne sich dadurch aus, dass es sich um ein vereinfachtes Verfahren handle, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung. Auch werde die Abluftreinigung etwas einfacher ausfallen werde. Mit der Landesdirektion werde darauf hingearbeitet, dass nach der Vollständigkeitserklärung der Unterlagen und nach drei Monaten eine Genehmigung erfolgen müsse.

Herr Stadtrat Dr. Schulte-Wissermann möchte erklärt haben, warum die Thematik nur einmal öffentlich beraten und heute somit auch beschlossen werde solle. Er vertritt die Meinung, dass über ein solch komplexes Thema erst einmal ausführlich in einer nichtöffentlichen Sitzung beraten werden sollte.

Frau Bürgermeisterin Jähnigen verweist auf den Zeitplan, welcher mit der Präsentation erörtert worden sei. Des Weiteren habe es bereits im Vorfeld Informationen dazu gegeben.

Weitere Fragen gibt es nicht und die Vorlage wird zur Abstimmung gestellt.

Beschluss:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die thermische Verwertung und Entsorgung des Outputs der Biologisch-Mechanischen Abfallbehandlungsanlage bis zum Auslaufen deren bestehender Genehmigung für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis zum 7. März 2021 nach den Kriterien in der Anlage 1 im EU-weiten Wettbewerb auszuschreiben.

2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entsorgung der Abfälle aus der öffentlichen Entsorgung der LHD für den Zeitraum vom 8. März 2021 bis zum 31. Dezember 2025, zuzüglich Verlängerungsoptionen, nach den Kriterien in der Anlage 1 im EU-weiten Wettbewerb auszuschreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 1

Bevor die Beratung im nichtöffentlichen Teil vorgesetzt werde, schlägt **Frau Bürgermeisterin Jähnigen** eine fünfminütige Auszeit vor. Dem wird nicht widersprochen.

Eva Jähnigen
Vorsitzende

Birgit Hentschel
Schriftführerin

Angela Malberg
Stadträtin

Andreas Naumann
Stadtrat